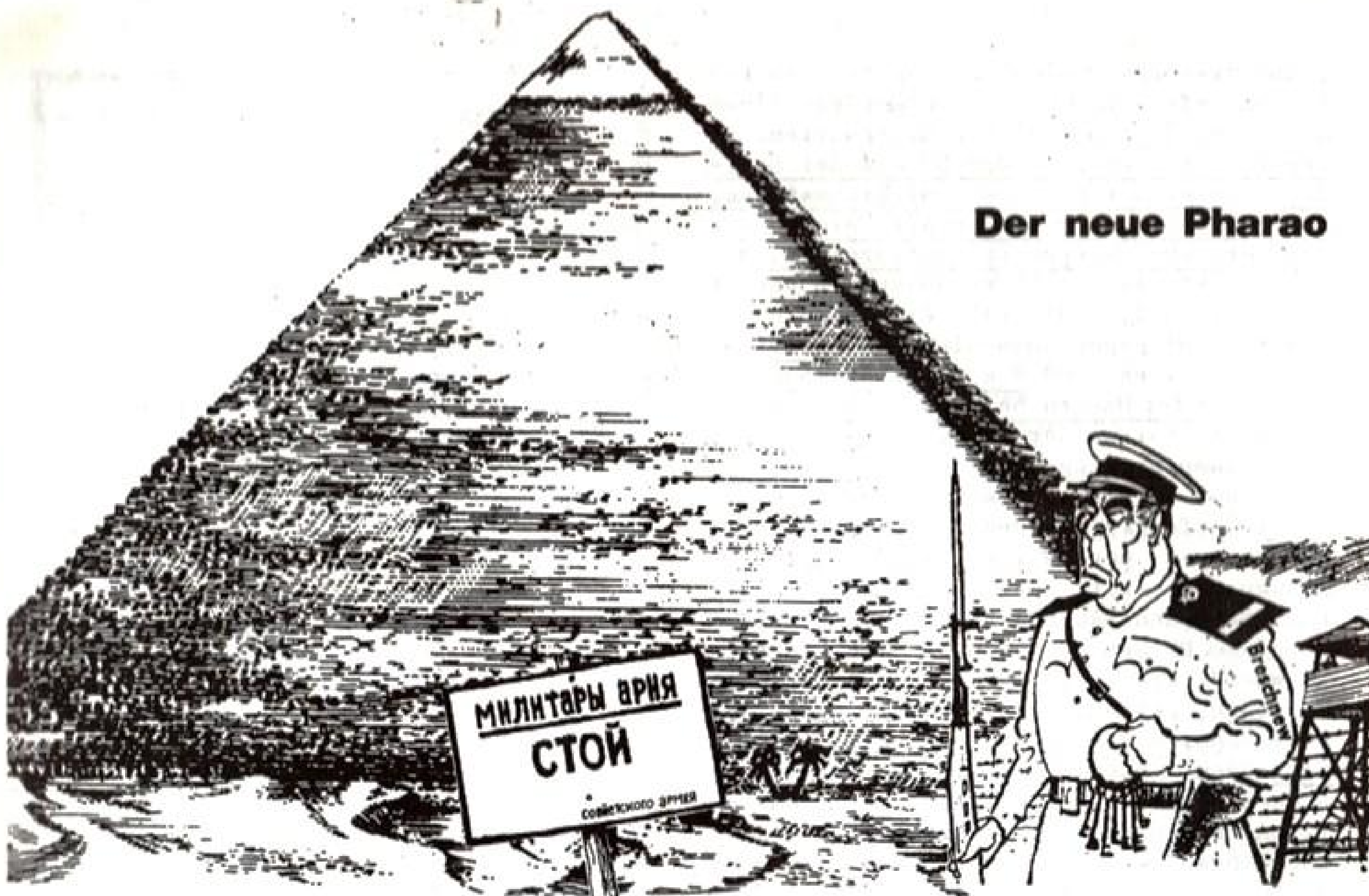


Der neue Pharao

Als es bis vor kurzem in Saigon noch von amerikanischen Beratern wimmelte, da hatten die Vietnamesen bekanntlich nichts zu lachen. Und seitdem es in Kairo von russischen Beratern wimmelt, haben die Ägypter nichts zu lachen. Woraus man ersehen kann, daß es ganz egal ist, aus welcher Himmelsrichtung die Militärberater einmarschieren; den Einheimischen vergeht auf jeden Fall das Lachen.

Als im März und April 1975 trotzdem alltäglich Lachsalven durch Kairo dröhnten, da spitzte der russische Botschafter verwundert die Ohren. „Nanu", so dachte er wohl, „die ägyptische Wirtschaft steckt dank unserer Hilfe doch derart tief in Schulden, daß sie uns bereits auf Jahre hinaus ihre Baumwollernte verpfänden mußte. Was gibt's da noch zu lachen?" Und weil ein schlechtes Gewissen mißtrauisch macht, darum schickte er Kundschafter aus. So kam es, daß ein paar finstere Typen, die ansonsten nur im KGB-Keller zu lachen pflegen, nach dem großen Gelächter suchten. Sie brauchten allerdings nicht lang zu suchen, denn jenes Kairoer Theater, in welchem die Tahia-Kariok-Truppe eine Satire spielte, war bald gefunden. „Lang lebe die Delegation" hieß das Stück, das den Ägyptern die Lachtränen in die Augen trieb.

Beunruhigt – denn Humor ist eine zutiefst verdächtige Sache – nahmen die Kundschafter im Zuschauerraum Platz. Als sich der Vorhang hob, bestätigten sich auch prompt ihre schlimmsten Befürchtungen, denn die „Ausländer" da droben auf der Bühne sahen nicht nur wie russische Berater aus, sondern benahmen sich auch so. Sie schlichen sich anfangs mit vielen Versprechungen und „Druschba!"-Beteuerungen in ein ägyptisches Dorf ein, um sich später dann auf Kosten ihrer Gastgeber vollzufressen und -zusaufen und um schließlich die Dorfbewohner mit Tafeln, wie „Durchgang verboten!", „Herumlungern verboten!" und „Fotografieren strengstens verboten!", wegzuekeln. Als die zuerst freundlichen, dann verwunderten und zuletzt wutschnaubenden ägyptischen Bauern mit Steinen und Knüppeln die „Ausländer" von der Bühne jagten, da applaudierte das ägyptische Publikum begeistert. Nur die Ausländer im Zuschauerraum machten böse Miene zum guten Spiel und filmten die wichtigsten Szenen des Theaterstücks sogar: als „Beweismaterial für die Sabotage der ägyptisch-sowjetischen Freundschaft".

Keine Sabotage, sondern reine Freundschaft war es hingegen, als die russische Regierung dann die ägyptische erpreßte: entweder ihr verbietet weitere Theateraufführungen oder wir stellen unsere Waffenlieferungen ein. Wozu die Bemerkung gestattet sei, daß die mit russischen Waffen ausgerüstete ägyptische Armee auf Ersatzteillieferungen nicht verzichten kann, weil sie sonst binnen kurzem der israelischen Militärmaschinerie unterlegen wäre. Na ja, und weil die Freunde aus Moskau in einem Aufwaschen auch gleich mit wirtschaftlichen Druckmitteln drohten, deshalb wurde das Stück „Lang lebe die Delegation" Anfang Mai verboten.

Ein schöner Erfolg für die neuen Zaren. Sie haben damit nicht nur wie bisher das osteuropäische Kulturleben kontrolliert und zensuriert, sondern erstmals auch das ägyptische. Ob allerdings diese merkwürdige, auf Erpressung aufgebaute Freundschaft lang leben wird, das ist mehr als unwahrscheinlich. ●

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

für die volksmacht

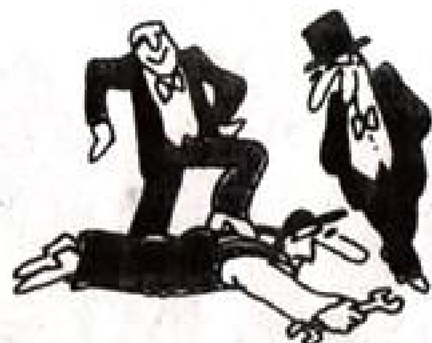
Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten) ★ Einzelpreis S 3,– Jahresabonnement (17 Nummern) S 50,–

Nummer 103, Juli 1975



Demokratie nach Art des Hausherrn

Siehe unseren Bericht auf Seite 2



Demokratie nach Art des Hausherrn

Das Wort "Demokratie" ist in unserem Lande von der herrschenden Kapitalistenklasse und ihren Lakaien in den Parteiführungen und Massenmedien derart strapaziert und mißbraucht worden, daß breite Teile der arbeitenden Bevölkerung glauben, in Österreich existiere tatsächlich so etwas, was ihren Vorstellungen über "Demokratie" entspricht. Diese Vorstellungen wurden systematisch auf den Erfahrungen der Massen über den Nazifaschismus aufgebaut. Dem Begriff "Demokratie" wurde der Begriff "Diktatur" gegenübergestellt. Ganz bewußt wurde dabei die faschistische Diktatur mit dem Begriff "Diktatur des Proletariats", wie er im wissenschaftlichen Sozialismus dargelegt wurde, in einen Topf geworfen. Denn stellen sich in den Hirnen der arbeitenden Menschen die Begriffe "faschistische Diktatur" und "Diktatur des Proletariats" gleich dar, ist es auf Grund der Erfahrungen ein leichtes, die Menschen für eine scheinbare "Demokratie" zu begeistern, weil ansonsten eben "Diktatur" drohe, selbst wenn die Arbeiter an der Macht wären. Dabei vergessen die Werktätigen ganz, daß sie eigene Erfahrungen ja nur mit der faschistischen Diktatur gemacht haben.

So ist es also der herrschenden Kapitalistenklasse gelungen, in den Arbeiterhirnen die Tatsache zu verschleiern, daß – solange es Klassen gibt – es keine absolute Demokratie geben kann. Daß immer nur eine Klasse über die andere herrschen kann. Und wir leben heute in einer Klassengesellschaft, in der sich als unversöhnliche Gegner die Kapitalistenklasse und die Arbeiterklasse gegenüberstehen.

Die Herrschaft in einem Land hat diejenige Klasse, welche mittels des Staatsapparats die Macht ausübt. In einer Klassengesellschaft stellt sich also die Frage, wer die Macht ausübt. Die Antwort auf diese Frage gibt Auskunft über den Grad der Demokratie. Hat die Arbeiterklasse im Bündnis mit befreundeten Schichten die Macht erobert und die Diktatur des Proletariats errichtet, existiert die größtmögliche Demokratie, die man sich in einer Klassengesellschaft vorstellen kann. Denn die Arbeitenden stellen die weitaus überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Sie bestimmen jetzt ihr Schicksal selbst, herrschen aber über die Kapitalistenklasse, die nur ein kleines Häuflein ist. Die Kapitalisten haben ihr Wesen aber nicht abgelegt, sind zwar entmachtet, aber nicht vom Erdboden verschwunden und trachten, wieder an die Macht zu kommen, um das verlorene Ausbeuterparadies wieder zu errichten. Deswegen muß über sie die Diktatur ausgeübt werden.

Hat nicht die Arbeiterklasse die Macht, so hat sie unweigerlich die Kapitalistenklasse. Von Demokratie kann in diesem Fall überhaupt nicht die Rede sein, denn es herrscht eine winzige Minderheit von Ausbeutern über die gewaltige Mehrheit der werktätigen Bevölkerung. Eine winzige Minderheit herrscht und übt über die Arbeiterklasse Diktatur aus, weil eben alles nach ihren Wünschen zu gehen hat. Mag da noch soviel von "Demokratie" gesprochen und geschrieben werden.

Solange die winzige Minderheit der Kapitalistenklasse ihre Ziele verfolgen kann, nämlich ungehindert die Macht auszuüben und menschliche Arbeitskraft in ihren gewaltigen Profit verwandeln, solange läßt sie die Zügel locker, spielt "Demokratie" mit allem Drum und Dran (Parteien, Parlament, Wahlen usw.) und verteilt auch Brosamen in Form von Reformen. Gerät die Kapitalistenherrschaft aber in die unvermeidlichen Schwierigkeiten ihrer Mißwirtschaft (Krisen), beginnen sich die Arbeiter gegen den Druck der ausbeuterischen Machthaber zu wehren, dann hat die Scheindemokratie ein Ende und die faschistische Diktatur des Kapitals beginnt. Unweigerlich führt Kapitalismus zu Faschismus, wenn nicht die Kapitalsherrschaft von der Arbeiterklasse gestürzt wird.

Freilich versucht die Kapitalistenklasse so lange es geht ihre Diktatur in Form der Scheindemokratie aufrechtzuerhalten. Offene Gewaltanwendung würde ja breitesten Teilen der werktätigen Bevölkerung die Augen öffnen, ihren Widerstand hervorrufen. Deshalb das große Bemühen, die österreichische Scheindemokratie als "Insel der Glückseligen" ohne Klassenwidersprüche darzustellen. Wir sollen ewig froh sein, daß es uns "nicht schlechter" geht. Selbst wenn wir bis zum Hals im Dreck stecken.

Gegenwärtig verschärfen sich die Klassenwidersprüche, erkennen die Arbeiter immer mehr den Betrug und beginnt sich ihr Widerstandswillen gegen die zunehmenden Angriffe der Kapitalisten auf ihre Existenz zu regen. Das geschieht vorläufig noch unbewußt, ohne tiefgehendes Begreifen der grundlegenden Zusammenhänge. Die herrschende Kapitalistenklasse reagiert aber dennoch darauf.

In verstärktem Maße wird "unsere Demokratie" gepriesen, der Staatsbürger aber gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, was er darunter zu verstehen habe.

Da gibt es zwei lehrreiche Beispiele in Österreich. Politiker stellen sich zur öffentlichen Diskussion. Ein gewagtes Spiel. Aber was soll's, die "Stadtgespräche" Zilks als "demokratisches Forum" ziehen nicht mehr, und man muß mehr tun, um das Volk bei der "Demokratie" – sprich: bei der Stange zu halten. Also gaben einmal Kanzler Kreisky (Diskussion über Atomkraftwerke), ein zweites Mal die Vorsitzenden von SPÖ, ÖVP und FPÖ den einfachen Menschen Gelegenheit zur Diskussion. Beides hat sich in Oberösterreich abgespielt.

Aber da verlief nicht alles nach Wunsch. Es waren nämlich nur wenige Ja-Sager da und es kam die Unzufriedenheit der Menschen mit der Politik in Österreich zum Ausdruck. Kommentar in den Zeitungen dazu: Das hat mit Demokratie nichts zu tun, wenn unsere Politiker niedergeschrien werden. Verständlich: In der "Demokratie" nach den Vorstellungen dieser Herren hat der arbeitende Mensch den Mund zu halten und zu tun, was ihm befohlen wird.

Tut er das nicht, kann es auch anders kommen. Daher das zweite Beispiel: Zur Verteidigung der "Demokratie" will man jetzt "ernste Schritte" setzen. Beginnen will die Vorarlberger Landesregierung (auch in Wien "überlegt" man) mit einem sogenannten "Sicherheitsgesetz". (Siehe darüber die Erklärung der VRA-Landesgruppe Vorarlberg).

Dieses Vorhaben wurde von der großkapitalistischen "Presse" sofort begrüßt. Kein Wunder, denn die Herren Kapitalisten wollen lieber früher als später den aufmukkenden Arbeitern "die Schneid abkaufen". Dieses Vorhaben wurde aber nicht nur lautstark begrüßt, sondern gleichzeitig auch "erläutert", was damit geplant sei. Natürlich in dem Sinne, wie die Massenmedien stets "Erläuterungen" für die werktätige Bevölkerung parat haben: irreführend und verlogen.

Nach einem Gefasel über Sicherheit gegen Lawinen und Unwetter – wofür die jüngste Zeit Beispiele liefert, daß überhaupt nicht für Sicherheit gesorgt wird und auch in Zukunft nichts getan werden wird, weil kein Profit herausschaut – zeigt man sich um die "Sicherheit der Demokratie" besorgt, die von "Kriminellen" bedroht sei. Als Motiv müssen die Baader-Meinhof-Leute herhalten. Aber der gelernte Österreicher weiß schon, wer in Wirklichkeit als "kriminell" dargestellt werden soll. Nämlich die um ihre Interessen kämpfenden Arbeiter, wenn sie den Betrug an ihnen durchschauen und den Kampf um ihre Interessen selbständig zu organisieren beginnen.

Man braucht da gar nicht bis ins Jahr 1934 zurückzugehen, in dem die Helden der Februarkämpfe von der Bourgeoisie als "Kriminelle" meuchlings ermordet wurden. Als "kriminell" im Sinne der herrschenden Klasse gilt heute schon jeder Streik, jede Demonstration, wenn sie es so will. Die Strafandrohung gegen die Hukla-Betriebsräte, verfügte Strafen gegen revolutionäre Demonstranten, empörende Gerichtsurteile gegen Studenten, die ihre Meinung sagen usw. liefern den Beweis dafür.

Als "kriminell" soll also jeder Kampf arbeitender Menschen für ihre Interessen gebrandmarkt werden, um angesichts der verschärften kapitalistischen Wirtschaftskrise jede Unmutsäußerung im Keime ersticken zu können. Die Massen der arbeitenden Bevölkerung, die sich jetzt zu überlegen beginnen, wie sie sich zur Wehr setzen können, sollen auf Kampfideen gar nicht kommen, weil sie da "Gesetze" brechen könnten.

Darin zeigt sich die ganze Verlogenheit dieser "Demokratie", in der wir uns entweder als blöd verkaufen lassen sollen oder zu kuschen haben.

Als erstes ist es notwendig, daß wir das Wesen dieser im kapitalistischen Österreich gehandhabten "Demokratie" durchschauen. Daß wir das tun, können wir am 5. Oktober beweisen, indem wir bewußten Wahlboykott üben oder ungültig stimmen. Als zweites ist die Notwendigkeit der Organisierung zu erkennen, um den Kampf um unsere Interessen gestützt auf unsere Kraft und unsere Vorstellungen zu entwickeln, dessen endgültiger Sieg im Sturz dieser Gesellschaftsordnung besteht.

Angst brauchen wir vor den heutigen Machthabern nicht zu haben. Denn gemeinsam kämpfende Volksmassen sind weitaus stärker als reaktionäre Machthaber. Dafür haben uns die indochinesischen Völker ein glänzendes Beispiel geliefert. ●

Für Einheitsfront gegen faschistische Gefahr!

Eine Erklärung der VRA-Landesgruppe Vorarlberg vom 26. Juni 1975



Ein Kessler-Hut fürs Ländle?

In letzter Zeit zeigt sich hier in Vorarlberg eine äußerst verstärkte Tendenz der herrschenden Bourgeoisie zu reaktionärsten, ja geradezu mittelalterlich anmutenden Herrschaftsmethoden, die eindeutig faschistischen Charakter aufweisen.

Es begann mit Entlassungen und anderen Maßregelungen von fortschrittlichen Lehrern und fand seinen bisherigen Höhepunkt in der Vorlage des Entwurfs für ein sogenanntes Vorarlberger "Sicherheitsgesetz".

Bei diesem Entwurf geht es unter anderem um Ausnahmerechte für Bürgermeister, die ohne stichhaltige Beweise, ja ohne begründeten Verdacht nach eigenem Gutdünken Anhaltungen, Inhaftierungen für mehrere Tage, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahme von Eigentum, Zwangsrekrutierung, Aufstellung einer Sondertruppe ("Bürgerwehr") usw. usf. vornehmen können sollen, ohne sich an die Vorkehrungen der bürgerlichen Bundesverfassung halten zu müssen, insbesondere ohne die verfassungsmäßige Anordnung bzw. Einwilligung der richterlichen Instanzen.

Begründet wird dieser Gesetzesvorschlag, der sich nicht nur über die "parlamentarisch-demokratische" Form der Bundesverfassung, sondern auch über die Konvention der Menschenrechte hinwegsetzt, mit zwei Argumenten: 1. gälte es angeblich, "Katastrophenfällen", "Amokläufern" und anderen "Verunsicherungen" der Bevölkerung vorzubeugen, und 2. gäbe es angeblich in der Bundesverfassung "Lücken", welche eine Landesregierung ausfüllen müßte.

All das ist erstunken und erlogen! Denn 1. dient die Bundesverfassung ohnedies lediglich dazu, der faktischen Diktatur der Kapitalistenklasse ein "demokratisch-parlamentarisches" Mäntelchen umzuhängen, und 2. sollen hier nur der einen Fraktion der herrschenden Klasse, die durch die ÖVP repräsentiert wird und seit Jahrzehnten unangefochten und unumschränkt in Vorarlberg regiert, unter dem Deckmantel des "Föderalismus" Machtvollkommenheiten eingeräumt werden, die rechtmäßig im Augenblick der anderen bürgerlichen Fraktion, nämlich der SPÖ, zustehen.

Der Sinn des ganzen Unterfangens ist lediglich, angesichts der um sich greifenden kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Verantwortung der Kreisky-Regierung für die kapitalistische Gesellschaftsordnung in unserem Land, die diese Krise naturnotwendig hervorrief, die enttäuschten und mit Recht aufbegehrenden Volksmassen durch außergesetzliche oder direkt ungesetzliche (im bürgerlichen Sinn!) Maßnahmen niederzuhalten.

Das Ganze hat schon im gesamten Bundesgebiet durch Presse, Fernsehen usw. seinen Niederschlag gefunden. Und die SPÖ hat begonnen, gegen den Gesetzentwurf Kesslers Sturm zu laufen. Man fragt sich aber, warum die SP-Bonzen denn so scheinheilig tun? Hat dieser Gesetzentwurf nicht schon seit Jahren in den Schubladen gelegen? Saßen denn nicht bis zu den letzten Landtagswahlen auch SP-Vertreter in der Landesregierung? Warum hat dann die SP bis jetzt stillgehalten, dem Volk nichts von derartigen faschistischen Anschlägen mitgeteilt? Also haben die hier Verantwortlichen der SPÖ eine Mitschuld an der gefährlichen Entwicklung!

Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn in einem solchen, für die faschistisch-reaktionären Kreise günstigen Klima die Jungfaschisten der neonazistischen NDP für Mitte Juli ein "Europatreffen" ankündigen durften. Glauben sie doch, im schwarzen Vorarlberg einen Tummelplatz für ihre braunen "Ideen" finden zu können.*

Es ist sehr erfreulich, daß sich junge Sozialisten, die Vorarlberger Gewerkschaftsjugend und viele fortschrittliche Menschen zusammenfinden wollen, um diesen faschistischen Anschlägen gemeinsam die Stirn zu bieten. Wir sind dafür, und wir sind dabei!

Das Auftreten der Neofaschisten in Vorarlberg muß entschlossen verhindert werden!

Die Vorarlberger brauchen kein "Sicherheitsgesetz" - ebensowenig wie die übrigen Österreicher -, ein Gesetz, das lediglich reaktionären Elementen die Handhabe bieten soll, Willenskundgebungen der Bevölkerung niederwalzen zu können!

Schluß mit Maßregelungen fortschrittlicher Lehrer!

Gegen jegliche Manifestation des Faschismus, einschließlich der demagogischen der moskauhörigen "K"PÖ und der trotzkistischen GRM!

Für die Einheit aller Antifaschisten, aller wirklichen Demokraten!

Für die Rechte aller arbeitenden Menschen!
F ü r d i e V o l k s m a c h t ! ●

* Dank zahlreicher Proteste aus der Bevölkerung mußte dieses Treffen inzwischen untersagt werden.

SJ Tirol gegen Faschistentreffen in Vorarlberg

Die Sozialistische Jugend Tirols hat in einer Resolution gegen das Treffen faschistischer Organisationen in Bregenz am 12. und 13. Juli Stellung genommen, zu dem der "Bund volkstreuer Jugend" aufgerufen hat. Zu diesem Treffen sind faschistische Delegationen aus den meisten europäischen Ländern zu erwarten.

Die SJ Tirol schreibt, dies sei ein Treffen jener Faschisten, die für die Niederschlagung der deutschen und der österreichischen Arbeiterbewegung, für die Ermordung ungezählter Juden, Sozialisten, Kommunisten und Gewerkschafter, für den Ausbruch und die Greuel des 2. Weltkriegs verantwortlich sind.

Die Sozialistische Jugend prangert die Verbrechen des Faschismus an und stellt richtig fest: "Im Kampf zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse steht der Faschismus, als offene Diktatur des Kapitals, immer in Reserve".

Die herrschende Klasse, so wird betont, fördert die Faschisten und bagatellisiert ihre Gefährlichkeit.

Es heißt weiter: "Wir fordern das Verbot des Faschistentreffs in Bregenz! Wir fordern darüber hinaus das Verbot aller faschistischen Organisationen in Österreich!" Und die SJ ruft auf: "Organisieren wir eine breite antifaschistische Aktionseinheit zur Verhinderung dieses Treffens".

*

Wir unterstützen voll und ganz die Forderung nach einem Verbot des Faschistentreffs in Vorarlberg und faschistischer Organisationen überhaupt. An der Durchsetzung dieser Forderung werden wir aktiv mitwirken. ●

Gegen scheinheilige Bekenntnisse

Äußerst zwielichtig ist die Haltung der SP-Führung im Hinblick auf das geplante "Sicherheitsgesetz" in Vorarlberg.

Da wird in der "AZ" und anderswo zwar dagegen Stellung genommen, das klingt aber so, daß es eher einer Beruhigungspille gleicht. Denn aktiv geworden ist die Führung in Wirklichkeit noch nicht. Gewußt von dieser Absicht hat man aber schon seit Jahren. Um dieses "Sicherheitsgesetz" zu verhindern, ist ein energischer Kampf auf allen Ebenen notwendig.

Scheinheilig gibt sich auch die "K"PÖ-Führung. Sie solidarisiert sich - so wird erklärt - mit dem Kampf der Sozialistischen Jugend in Vorarlberg und handelt damit wie der Wolf im Schafspelz. Diese "K"PÖ-Führung verteidigt nämlich Handlungen, die ebenfalls faschistisch sind:

Sie hat begrüßt, daß in Portugal revolutionäre Arbeiter und Marxisten-Leninisten verhaftet werden; sie haben sich im

Dezember 1970 mit den polnischen bürokratischen Kapitalisten "solidarisiert", als diese mit faschistischem Terror gegen streikende Arbeiter vorgingen; und sie nehmen eine antiösterreichische Haltung ein, die der der Neonazi um nichts nachsteht, wenn sie de facto für die Unterwerfung Österreichs unter den russischen Sozialimperialismus Propaganda machen und die Expansionsbestrebungen der Kremlherren unterstützen.

Allerdings wird das alles als "Kampf für den Sozialismus" maskiert, ist in Wirklichkeit aber sozialfaschistisch. ●



1205 Wien, Postfach 3
6923 Lauterach, Postfach 66
6040 Innsbruck, Postfach 909

Aus der Organisation

Aktivitäten der Landesgruppe Vorarlberg

Unsere Genossen im "Ländle" haben im Mai und Juni eine Reihe von Veranstaltungen durchgeführt, die es den revolutionären Arbeitern ermöglichten, noch vor Antritt des Urlaubs zu aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen.

Nach einer organisatorischen Besprechung in Feldkirch am 15. Mai und intensiven Leitungsbesprechungen am 19. und 20. Mai in Bregenz fanden zwei Versammlungen statt, über die wir kurz berichten wollen.

Am 29. Mai versammelten sich in Bregenz eine größere Anzahl von Genossen, Aktivisten, Sympathisierenden und Freunden der VRAÖ(ML). Auf der Tagesordnung stand eine Aktion in Götzis gegen das geplante schweizerische Atomkraftwerk in Rüthi (gegen dessen Bau die VRA-Vorarlberg seit längerer Zeit einen entschiedenen Kampf - im Einklang mit der Volksmeinung - führt). Die Anwesenden nützten die Gelegenheit zur eingehenden Erörterung der anstehenden Fragen, zu Kritik und Selbstkritik und zur Vorbringung konkreter Vorschläge für die weitere Arbeit der Organisation. Dadurch erhielten die erschienenen Genossen und Freunde einen Überblick über die aktuellen Probleme und Aufgaben. Zugleich wurden die notwendigen Voraussetzungen für die weitere Tätigkeit der VRAÖ(ML)-Landesgruppe Vorarlberg geschaffen. Das praktische Ergebnis dieser Versammlung war ein "Taferlmarsch" unserer Genossen in Götzis am 31. Mai sowie eine breit angelegte Aufklärungsaktion, bei der sämtliche verfügbaren Flugblätter an ein interessiertes Publikum verteilt wurden. Bemerkenswert ist, daß unser Propagandamaterial nicht nur während der Aktion auf der Straße, sondern auch in Wohnsiedlungen gut aufgenommen wurde.

Am 7. und 8. Juni gab es eingehende Vorbesprechungen für die Schulungs- und Diskussionsversammlung am 15. Juni in Dornbirn, in welcher über das Thema "Was ist Faschismus und imperialistischer Krieg?" debattiert wurde. Die verantwortlichen Genossen stellten einleitend fest: "Gerade in unserer Zeit, wo das kapitalistische System in eine permanente Krise schlittert, ist es für die arbeitende Bevölkerung lebenswichtig, sich auch mit deren Ursachen auseinanderzusetzen, da die Auswirkungen dieser Krise in Form von Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Inflation und Zinswucher letztlich auf sie abgewälzt werden. Nur wenn sich die Arbeiter und ihre Verbündeten kritisch mit gesellschaftlichen Fragen beschäftigen und der Sache auf den Grund gehen, sind sie ihrem Schicksal nicht mehr bedingungslos ausgeliefert.

Sollten sich die arbeitenden Menschen nicht willig diesem Los fügen, so bliebe dem herrschenden Bürgertum nichts anderes übrig, als sein heutiges, bequemes System des "demokratischen Parlamentarismus" durch ein System der direkten, offenen Klassenunterdrückung zu ersetzen, nämlich durch den Faschismus.

Das war die konkrete Fragestellung, der sich die Teilnehmer des Schulungsabends der VRAÖ(ML)-Landesgruppe Vorarlberg bei der Zusammenkunft am 15. Juni in Dornbirn gegenüber sahen. 16 Genossen, Freunde und Leser der VRA-Zeitungen beteiligten sich an der Diskussion. Das angegangene Thema wurde sowohl geschichtlich wie auch theoretisch "beschnüffelt" und recht umfassend mit der heutigen Situation in Österreich verbunden. Auch die Form, in welcher sich die Debatte abwickelte, wurde von den Teilnehmern positiv gewürdigt.

Es muß hinzugefügt werden, daß alle diese Veranstaltungen dazu beitrugen, die Aktivität der Landesgruppe Vorarlberg vor den Sommerferien erheblich zu steigern! ●

Vorarlberger Vorreiter des Faschismus

Neulich erfuhr ich vom "Mittagsjournal" des ORF, daß die Vorarlberger Landesregierung an einem sogenannten "Sicherheitsgesetz" bastelt. Besonderheit des "kühnen" Gesetzes soll sein, daß Bürgermeister Leibesvisitationen und Hausdurchsuchungen anordnen können. Deshalb: Kinder, seid nett zu den Bürgermeistern! Denn es geht um Eure Zukunft. Die Fangnetze werden engmaschiger, die Personalakte umfangreicher und die Freundeskreise der Bürgermeister größer.

Doch was soll's im eigenständigen, besitzsüchtigen Ländle. Die "föderalistische" Variante des Faschismus wäre somit perfekt.

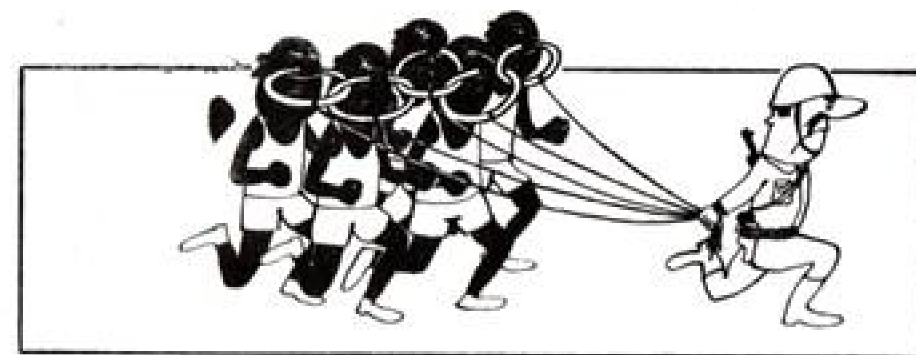
Dem Prinzip der Volksmacht entsprechend sähe die Sache ganz anders aus. "Zum Teufel mit dem Bürokratismus!", "Alle Macht - beschließende und ausführende zugleich - den Gemeindeausschüssen, so sie wirklich in freier Wahl, ohne kapitalistischen Druck und faschistisches Damokles-Schwert über'm Kopf zustande kommen könnten!" wäre die Losung, wenn die arbeitenden Menschen die Herren ihres eigenen Schicksals wären. Das wär's doch, was man als Demokratie bezeichnen könnte.

Doch das gegenwärtige System ist lediglich befähigt, die Ausbeutung der Werktätigen und die Klassenherrschaft des Kapitals zu garantieren. Wenn die bisherigen "gesetzlichen" Mittel dazu nicht ausreichen, dann mit neuen Terrorpraktiken, wie sie der Vorarlberger Gesetzesentwurf vorsieht...

Übrigens: Ich bitte um die angekündigten Broschüren über die neue Verfassung der VR China. Wie wär's, könnten wir diese sozialistische Verfassung dem Vorarlberger Entwurf über ein "Sicherheitsgesetz" gegenüberstellen?

A.M., Tirol ●

Thema Sport



Bekanntlich haben die Innsbrucker "Stadtväter", wie sie sich gerne von ihrem Haus- und Hofblatt, der "Tiroler Tageszeitung", nennen lassen, für den Bau der Olympia-Bob- und Rodelbahn allein 80 Millionen ausgegeben. Auf der ganzen Welt aber gibt es vielleicht 200 Sportler, die diese Bahn benützen können. Sie ist ja schließlich nur für Profis gebaut.

In der Stadt Innsbruck aber, in der es z.B. nicht nur eine Fußball-Bundesligamannschaft gibt, sondern noch weitere acht Fußballvereine mit 36 Mannschaften, wird für den Volkssport kein Handstrich getan.

Die kleinen Vereine sind bemüht, hunderten jungen Menschen die Sportausübung zu ermöglichen. Die "Olympia-Sportstadt" aber verfügt nur über zwei öffentliche Sportplätze. Einer davon soll einer vierspurigen Stadtautobahn zum Opfer fallen, die sogenannte Holzhammerbrücke wird den Platz zu einer Abgashölle machen.

Obwohl im Herbst die Fußballjugend mit ihren Betreuern auf die Straße ging und auch zwei Demonstrationen gegen den Bau der Holzhammerbrücke stattfanden, ist wenig geschehen. Jetzt darf zwar einer der beiden Universitätssportplätze von Vereinen benützt werden, was aber nichts an der Tatsache ändert, daß der eine Sportplatz der Stadtautobahn zum Opfer fallen soll. (Und der Uni-Sportplatz liegt am äußersten Ende der Stadt sowieso ungünstig.)

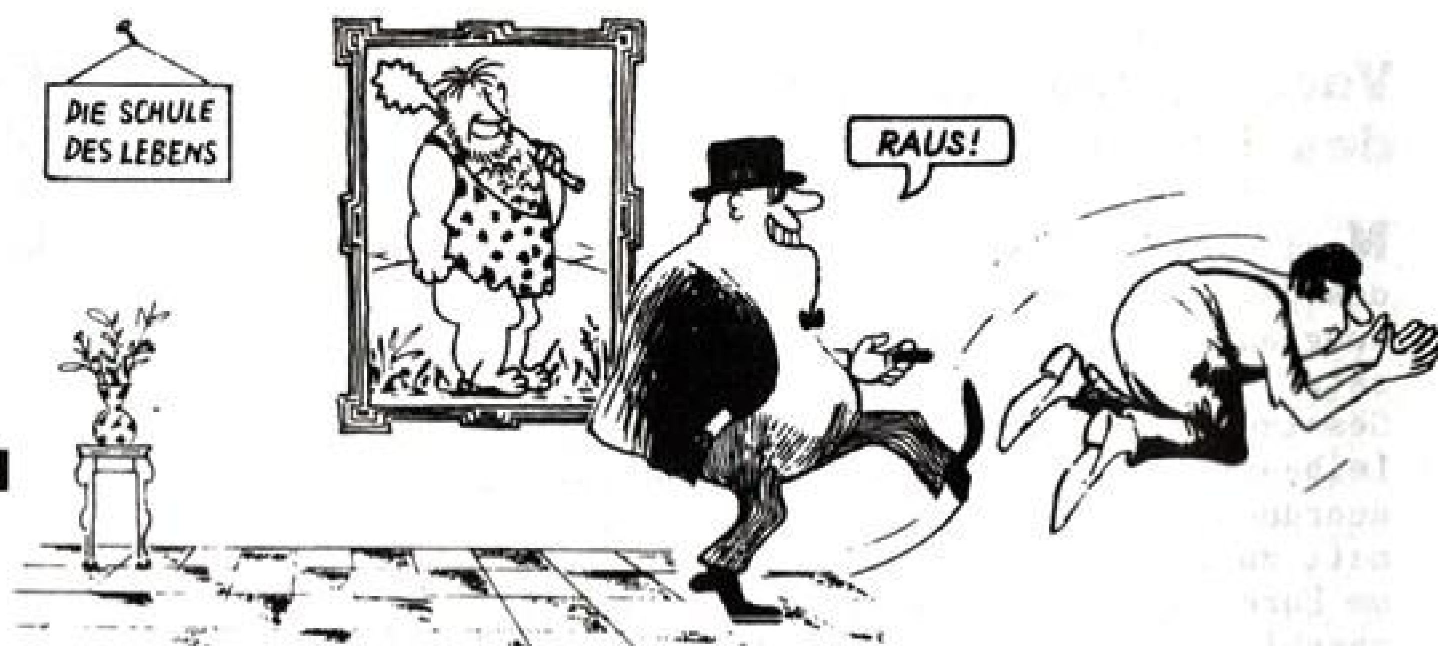
Solche Dinge sind in der kapitalistischen Gesellschaft kein Wunder. Sportstätten, in denen sich das Volk und nicht nur ein paar Elitevereine betätigen können, bringen für die Kapitalisten und ihre Politiker keine Vorteile. Die Elite-Sportstätten geben erstklassige Werbeflächen ab - die Politiker können sich als "Erbauer" ins Rampenlicht stellen. Und das alles mit unseren Steuergeldern.

Die Elite-Vereine benehmen sich wie die ärgsten Marktschreier. Da werden Spieler ge- und verkauft, (Bestechungs-)Gelder verschoben, Prozesse geführt, Spitzensportler gezüchtet, aber für den gesundheitlich äußerst notwendigen Volks- und Jugendsport ist kein Geld da.

Wen wundert es, wenn Haltungsschäden von Kindern und Jugendlichen schon ernsteste Folgen für das körperliche Wohlbefinden der Betroffenen haben? Doch solange die Menschen noch mit verkrümmten Beinen, Platt- und Spreizfüßen, Bandscheibenschäden usw. Mehrwert produzieren können, stimmt für die Kapitalisten und ihren Anhang in Staat und Gewerkschaften die Rechnung.

N.M., Tirol ●

Salomons Urteil



Es wird viel über Schulreform gesprochen. Junge Lehrer, die die "Reform" aber beim Wort nehmen, kommen in Schwierigkeiten, denn man findet sie "unbequem" und duldet keine echte Kritik am geheiligten Schulsystem. An einem Schulsystem, das im Sinne der herrschenden Kapitalistenklasse die Überzahl der Kinder zu Duckmausern erzogen sehen möchte, denen gegenüber eine Handvoll elitär herangebildeter Menschen als Handlanger des Kapitals stehen soll.

Großes Aufsehen erregte bekanntlich der Fall Jussels in Vorarlberg, wo eine den reaktionären Schulbehörden nicht genehme junge Lehrerin gefeuert wurde.

In Wien erregte der Fall der Vertragslehrerin Veronika Seyr die Öffentlichkeit. Diese junge Deutschlehrerin am Realgymnasium XV in der Diefenbachgasse strebte aktive Mitgestaltung sowie Schüler-Kritik an ihrem Unterricht an und engagierte sich im Schulgemeinschaftsausschuß. Damit hat sie angeblich - so der Direktor des RG XV, Salomon, - "Unruhe in den harmonischen Lehrkörper getragen". Ihr Vertrag sollte stillschweigend nicht mehr verlängert werden. Ihre Schüler veranstalteten daraufhin eine Unterschriftenaktion für den Verbleib Seyrs an der Schule. Diese Aktion fand große Unterstützung. Die Lehrerin wandte sich an die Öffentlichkeit und machte ihren Fall publik: In einem "Offenen Brief" protestierte sie - zusammen mit dem Religionslehrer Forstner, der aus ähnlichen Gründen vom RG XV versetzt werden sollte - gegen die Willkür des Direktors Salomon und gegen die Zustände im Schulwesen, die alle fortschrittlichen Lehrer, welche Schulangelegenheiten offen unter Lehrern, Schülern und Eltern behandeln wollen, mit Versetzung und Rausschmiß bedroht.

Solche Lehrer und ihr Kampf müssen unterstützt werden. Es kann den Eltern oder Schülern wirklich nicht gleichgültig sein, wer die Jugend erzieht und auf welche Weise er das tut. Es muß uns kümmern, welches Gedankengut den Schülern eingepflanzt wird. Wir müssen uns klar darüber sein, daß die Schule in Österreich dem Kapital zu dienen hat, solche fortschrittliche Lehrer aber im Dienste der Kinder arbeitender Menschen handeln.

Alles Gerede des SP-Unterrichtsministers und seiner Mitläuferschaft von "Demokratisierung durch Schulreform" ist nur eine Verschleierung der strafferen Kettung der Erzieher an den kapitalistischen Ausbeuterstaat. Nach der neuesten dieser "Reformen" darf sich ein unzufriedener Lehrer weder an Eltern noch an die Schüler oder gar an die Öffentlichkeit wenden: "Der Lehrer ist Staatsangestellter und Dienstangelegenheiten unterliegen der Schweigepflicht", sagen die Schul"reformer".

Reformen, wie sie von der SP-Regierung durchgeführt werden, lösen eben nicht die Widersprüche und Probleme im Schulwesen. Sie sind zum Nutzen und im Dienste der herrschenden Kapitalistenklasse und verschärfen und festigen ein System, das die sogenannte freie Meinungsäußerung nur soweit zuläßt, als damit nicht an den Grundpfeilern der geheiligten Hierarchie gerüttelt wird.

Scheinbare Kritik am Schulwesen wird von "oben" als angeblicher Beweis für "demokratische" Verhältnisse breitgetreten, echte Kritik aber stößt auf Repression und es wird sofort versucht, sie abzuwürgen.

Im Fall Seyr war der Stadtschulrat zu einem Rückzieher gezwungen. Fälle wie Seyr, Jussels, Forstner, sind aber nicht selten. Im Gegenteil! Willkürliche Rausschmisse und Versetzungen "unbequemer" Lehrer häufen sich. Ihnen muß entschieden entgegengetreten werden. Elternversammlungen, Unterschriftensammlungen, Flugblätter usw. sind Mittel, wie man Unterstützung erreichen und sich erfolgreich zur Wehr setzen kann. Das hat sich im Fall Seyr deutlich gezeigt.

Auf seine Art hat sich zum Fall Seyr auch Finanzminister Androsch zu Wort gemeldet. Er kündigte an, daß vom Bund keine neuen Lehrkräfte mehr angestellt werden könnten, was angesichts des jährlichen Abgangs von den Lehrerbildungsstätten nichts anderes als eine Drohung mit dem Verlust des Arbeitsplatzes gegenüber "rebellischen" Lehrern ist.

*

Der Fall Seyr hat gezeigt, daß kämpferische Initiative Erfolg bringt. Das ist lehrreich besonders in Hinblick darauf, daß auch für die Arbeiter die Notwendigkeit kämpferischer Initiative zur Wahrung ihrer Interessen besteht.

Dazu haben wir immer gesagt: Auf die eigenen Kräfte stützen, sich vom Einfluß der verräterischen Bonzen in SPÖ, ÖGB und "K"PÖ lösen!

Zum Fall Seyr rief deren "Offener Brief" auch die Schreiberlinge der "AZ" und die "K"PÖ-Bonzen auf den Plan. Im Zeichen des begonnenen Wahlkampfes säuselte daher die "AZ" Sympathie und aktivierte wieder einmal ihr betrügerisches Mitbestimmungsgerede.

Desgleichen markierte auch der "Bund Demokratischer Lehrer" der "K"PÖ "revolutionäre Unterstützung", dachte man doch, einen fortschrittlich gesinnten Menschen für die Organisation angeln zu können.

Von derartiger Heuchelei darf man sich nicht fangen lassen. Unabhängig davon, daß in den Organisationen von SPÖ und "K"PÖ viele ehrliche Arbeiterkämpfer stehen. Denn die Bonzen wissen natürlich um ihre jeweilige Aufgabe Bescheid, und die heißt: Abwiegelung der gerechten Kämpfe der arbeitenden Menschen - weil es das Kapital so will. ●

Mißlungenes Schauspiel der „Volksvertreter“



Am 17. Juni veranstaltete die SPÖ in Wien am Praterstern eine sogenannte Passagendiskussion. Dazu hatten sich vom Bezirksvorsteher bis zum Stadtrat, vom NR-Kandidaten bis zu Betriebsratsobmännern eine Reihe Bonzen "unters Volk" begeben, um ihre Wahlpropaganda an den Mann zu bringen.

Anfangs war die "Diskussion" dadurch geprägt, daß die Fragen, welche an die Herren "Volksvertreter" gerichtet wurden, durchwegs gestellt waren. Die Antwort wurde dann gleich vom Papier heruntergelesen. Ein richtiges Theater also.

Als dann einige Passanten konkrete Fragen anschnitten und auch einige Genossen von der VRA und vom KB Wien zu Problemen wie: Arbeitszeitverkürzung, Abwälzung der Krisenlasten der kapitalistischen Mißwirtschaft auf die arbeitenden Menschen, Südafrikaprojekt der VÖEST usw. Antworten forderten, kamen die "Volksvertreter" ziemlich aus dem Konzept. Sie versuchten schließlich auch, die Argumentation der Genossen dadurch zu entkräften, daß sie vom "Neid" der "extremen Grüppchen" sprachen, die doch "niemals eine so große Veranstaltung machen könnten". Was war das für eine "Veranstaltung"? Beim Stand hielten sich nie mehr als 40-50 Menschen (die "Statisten" der SP miteingerechnet) auf. Ein Beweis dafür, daß die Demokratiespielerei der sogenannten "Volksvertreter" durchschaut wird.

Eine Genossin meinte, daß durch die sogenannte Arbeitszeitverkürzung die Produktion keineswegs geringer geworden sei, sondern im Gegenteil sogar gestiegen ist. Die Löhne werden aber immer weniger wert, was mehr Arbeitshetze und Ausbeutung bedeute. Dazu erklärte ein SP-Gewerkschaftsfunktionär sinngemäß, davon sei ihm nichts Genaues bekannt, er wisse also von nichts, was mit Gelächter quittiert wurde.

Zum Abschluß entzogen sich die Bonzen jeder weiteren Diskussion mit dem Hinweis darauf, daß es ja schon Punkt 18 Uhr sei und man Schluß machen müsse. Politiker machen halt keine Überstunden.

P.W., Wien ●

Renten


›Armut ist ein großer Glanz von innen‹ (Rilke)

"Die derzeitigen Renten sind absolut nicht gesichert. Die Pensionsversicherung ist nach dem reinen Versicherungsprinzip eingerichtet. Wenn einmal weniger eingezahlt wird, dann müssen auch die Pensionen gekürzt werden." Diese Worte sprach ein Referent der Arbeiterkammer auf einem Schulungskurs für Betriebsräte über die Sozialversicherung in Gänserndorf im Jahre 1963. Anlaß zu dieser Feststellung war ein Diskussionsbeitrag unseres Genossen Jocha, der die Heuchelei über den "sozialen Wohlfahrtsstaat Österreich" damals anprangerte. Es war dies eine an und für sich ehrliche Aussage eines SP-Genossen, der heute längst selbst in der Rente ist, wenngleich er den Vorwurf der Heuchelei in Hinblick auf den "sozialen Wohlfahrtsstaat" zurückwies. Er war vielmehr der Meinung, daß eine ständige Stärkung der SPÖ weitere soziale Errungenschaften bringen und kapitalistische Wirtschaftskrisen dadurch auch vermieden werden könnten.

Heute schreiben wir das Jahr 1975. Wir haben fünf Jahre der Regierung einer gestärkten SPÖ hinter uns und wir erleben, wie sich die "Fata Morgana" dieses ehrlichen SP-Genossen in Nichts aufzulösen beginnt, wie – trotz "gestärkter" SPÖ und deren Regierung – die kapitalistische Mißwirtschaft uns die schärfste Krise seit den dreißiger Jahren beschert, wie neben offenem Lohndruck und steigender Arbeitslosigkeit auch vehemente Angriffe der Kapitalistenklasse auf das System der Sozialversicherung gestartet werden.

Diese Angriffe werden mit einer Verlogenheit sondergleichen durchgeführt. Bewußt begeben sich die Meinungsmacher der herrschenden Kapitalistenklasse in Presse, Radio und Fernsehen dabei auf die Ebene des gesunden Menschenverstandes der arbeitenden Menschen.

"Wo nichts ist, da hat auch der Teufel sein Recht verloren". Selbstverständlich akzeptieren das die einfachen, ehrlichen Menschen. Dieses Sprichwort wurde schon 1945 angewandt, als nach den furchtbaren Zerstörungen, der Not und dem Elend nach dem 2. Weltkrieg die Arbeiter belogen und betrogen wurden, eingespannt wurden zum Aufbau eines Österreich, das der Kapitalistenklasse in den 30 Jahren seither eine Machtfülle und Profit beschert hat, wie nie zuvor. Die arbeitenden Menschen wissen genau, daß man aus dem Nichts stets nur bescheiden anfangen kann. Was sie nicht verstanden haben war, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen. Daß man nicht den scheinheiligen Parolen irgendwelcher verräterischer "Führer" trauen darf, sondern selbst sein Hirn anstrengen und seine Geschicke in die eigenen Hände nehmen muß.

Auf dem Gebiet der Sozialversicherung versteht man heute die gleiche betrügerische Walze den Arbeitern gegenüber anzuwenden. Angesichts der Krise will man auch aus den Titeln Kranken- und Pensionsversicherung noch mehr Millionen aus den arbeitenden Menschen herauspressen. Dabei stellt man die Dinge so dar, als ob uns da etwas geschenkt oder gegeben würde. Tatsächlich bezahlen aber die Arbeiter alle die Leistungen selbst, die aus diesem Titel erbracht werden. Sie zahlen nicht nur selbst in Form der Abzüge für die Sozialversicherung vom Lohn, sondern sie erhalten darüber hinaus mit ihrem Geld eine riesige Menge von Jasagern zum herrschenden System und eine Menge von Bonzen, die als diverse Funktionäre der Sozialversicherung horrende Gelder beziehen. Die arbeitenden Menschen bezahlen damit die Spitzeneinkommen von Professoren, Ärzten, Dentisten usw. und müssen gleichzeitig zur Kenntnis nehmen, daß die Leistungen, die ihnen erbracht werden, immer mehr zu wünschen übrig lassen. Denn es gibt nicht einmal genug Spitalsbetten; Samstag oder Sonntag einen Arzt zu bekommen grenzt bereits an ein Wunder usw. Private Heilbehandlungsstätten mit Riesengeschäften schießen aus dem Boden wie nur; um zu ihnen zu kommen müssen besonders die kranken Menschen au-

ßerhalb der Städte beschwerliche und zeitraubende Anmarschwege in Kauf nehmen. Denn staatliche Einrichtungen an Ort und Stelle werden nicht errichtet.

Das alles soll sich noch verschärfen. Die kapitalistische Wirtschaftskrise soll auch zur Erpressung an uns auf dem Gebiet der Sozialversicherung herhalten. Gespart soll nicht werden bei den Profitmachern auf der Sozialversicherungsebene, sondern bei den Leistungen für uns, für die wir sowieso von unserem schwerverdienten Geld zahlen müssen, und nicht wenig. Kostenbeteiligung bei Spitalsaufenthalt, bei Arztbesuch usw. wird propagiert. Und nach der üblichen Propagandaschlacht – dafür und dagegen – trifft man sich doch zu "Gesprächen", weil es "anders nicht geht". So hört man aus dem Sozialministerium, daß man zwar die eine Form "ablehne", eine andere aber "akzeptieren" könne. Herauskommen soll für die Arbeiter: mehr zahlen und weniger bekommen.

Diesen Betrug erleben wir jetzt schon jahrzehntelang. Wir sollten ihn endlich durchschauen und uns zu wehren beginnen. Es sind nur Scheingefechte, die sich da die "kapitalistischen" ÖVP-Vertreter und die "Arbeiterführer" der SPÖ liefern. In Wirklichkeit sind sie darauf aus, auf unsere Kosten ihr Geld zu sichern. Die Praxis zeigt das deutlich. Millionen jährlich verdient der Kapitalist und Millionen jährlich können sich auch die "Arbeiterführer" gutschreiben. Da braucht man nur ihre öffentlich zugegebenen Einkommen zusammenzurechnen.

Es gibt für die arbeitende Bevölkerung nur einen Weg, will sie diese Anschläge abwehren und zunehmender Verelendung begegnen: Kampf dagegen!

Zugegeben: leicht ist das nicht. Denn die Arbeiterklasse ist heute führerlos und politisch irregeleitet von falschen Freunden. Das läßt sich ändern, wenn wir nur wollen und über die Verhältnisse nachdenken. Das Grundübel ist das kapitalistische Gesellschaftssystem. Es beschert uns Wirtschaftskrisen, Arbeitshetze, Antreiberei, Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit, Angriffe gegen unsere Lebensinteressen auf allen Gebieten. Letzten Endes Gewaltherrschaft und Krieg. Und alles nur des Profits wegen. Deswegen leben wir doch nicht, das brauchen wir uns doch nicht als "unabänderliches Schicksal" einreden lassen. Das können wir doch ändern!

Wir arbeitenden Menschen sind ja viel stärker als die Handvoll Ausbeuter. Sie haben ja Angst vor unserem Erwachen, sonst würden sie nicht ihren gigantischen Betrug inszenieren, der unseren Geist abtöten soll.

Deshalb: Kampf gegen jede Verschlechterung im Sozialversicherungswesen! Kampf gegen jede Kostenbeteiligung, Arztgebühr usw.! ●

Ein Leserbrief



Daß der Staat versucht, auch den letzten Groschen aus dem Volk herauszupressen, ist ja hinlänglich bekannt. Aber selten macht er es so offen wie im Fall einer Rentnerin in Innsbruck.

Besagte Frau, eine Sekretärin, suchte nach Beendigung ihres 60. Lebensjahres bei der Pensionsversicherungsanstalt um eine Rente an. Die Frau hatte insgesamt 19 Jahre und 10 Monate gearbeitet und ihre Versicherungsbeiträge immer eingezahlt. Daher war sie fassungslos, als man ihr nach einem halben Jahr mitteilte, sie werde keine Rente bekommen.

Der Grund dafür: Wie tausende österreichische Frauen in diesem Alter hatte die Ansucherin vor dem Krieg gearbeitet, dann geheiratet, hatte Kinder bekommen, und als die Kinder größer waren, wieder zu arbeiten begonnen. Viele dieser Frauen schauen bei ihrem Rentenansuchen durch die Finger. Denn die "Volksvertreter" haben sich da etwas ganz Raffiniertes ausgedacht.

Wenn die Pause zwischen zwei Arbeitsperioden zu lange dauert, bekommt die betreffende Person überhaupt keine Rente. Daß man der Versicherung Tausende von Schillingen eingezahlt hat, kümmert diese Herren einen Dreck.

Wie dann die Situation dieser Rentnerinnen, die oft schon Witwen oder alleinstehend sind, aussieht, braucht man sich nicht lange auszumalen. Einzige Stellungnahme der Pensionsversicherung: "Wir wissen, da gibt es eine Gesetzeslücke". Das ist Volksbetrug, wie er offener nicht sein kann!

Das kann man natürlich nur mit alten Menschen machen, die nicht einmal mehr das Druckmittel des Streiks haben, um für ihre Rechte kämpfen zu können. Da hilft nur der Kampf der noch arbeitenden Werktätigen für gesicherte Versorgung im Alter.

A.N., Tirol ●



Hoch die internationale Solidarität

Freiheit für Simbabwe!

In Simbabwe, das von den weißen Kolonialisten Rhodesien getauft wurde, führt die Afrikanische Nationalunion von Simbabwe seit 1966 einen Volkskrieg gegen das rassistische Smith-Regime. Angesichts der Niederlagen des Kolonialismus in Afrika durch die Siege der Völker in Angola, Mocambique und Guinea-Bissao über die portugiesische Kolonialmacht hat der rhodesische Rassisten-Boß Smith zu betrügerischen "Versöhnungs"gesten gegriffen, mit dem Ziel, Zeit zu gewinnen, die afrikanischen Befreiungskämpfer aufzuspalten und sie zum Niederlegen ihrer Waffen zu bewegen.

Das Volks von Simbabwe ließ sich aber nicht betrügen. Die Tatsache, daß weiterhin Befreiungskämpfer ermordet werden, daß die Rassistenpolizei in Demonstrationen der Afrikaner schießt und die Schuldigen an Attentaten auf prominente Führer der Befreiungsbewegung deckt, beweist, daß Smith es nicht ehrlich meint.

Ndabaningi Sithole, der Präsident der Afrikanischen Nationalunion Simbabwes (= ZANU), der am 16. Juni Wien besuchte, erklärte auf einer Solidaritätsveranstaltung des Komitees Südliches Afrika: "Es ist so, daß unsere Streitkräfte weiterkämpfen werden, trotz aller Verhandlungen. Denn wir wissen, daß uns auch noch so viele Gespräche nicht das geben werden, was wir fordern." Und er betonte: "Ein Volkskrieg siegt immer, denn er ist gerecht. Die Völker sind immer stärker als jede Kolonialmacht."

Präsident Sithole stellte fest, daß Smith um jeden Preis das Rassistenregime aufrechterhalten will, und er verurteilte Südafrika, das seine Truppen und Polizeieinheiten in Simbabwe zur Unterstützung Smith' stationiert hat, während es heuchlerisch erklärt, es strebe eine "gerechte Lösung des Rhodesien-Problems" an.

Der langjährig von den Rassisten eingekerkerte Sithole wurde Ende 1974 freigelassen; danach war er aber wieder unter falschen Anschuldigungen eingesperrt worden, und jetzt mußte er Simbabwe verlassen. Aber, so erklärte Präsident Sithole, er werde wieder zurückkehren, nicht in ein Rhodesien, sondern in ein freies Simbabwe. Zurückkehren durch nichts anderes als den siegreichen Volkskrieg.

Die großartig besuchte Solidaritätsveranstaltung endete mit dem Gesang der "Internationale". Eine Spendensammlung zur Unterstützung des Befreiungskampfes erbrachte den beachtlichen Betrag von 14.000 Schilling. ●

Unternehmergewerkschaft

Am 15. Juni veranstaltete die Tiroler Gewerkschaftsjugend eine Kundgebung zur "Aktion 75". Nachdem sie in einem Flugblatt schon darauf aufmerksam gemacht hatte, daß sämtliche Landesparteispitzen sich zu dieser Kundgebung einfinden und ihre Stellungnahme zur "Aktion 75" abgeben würden, war es jedem klar, was damit bezweckt wurde: Die Bonzen sollten die Gewerkschaftsjugend beweihräuchern, und sie haben auch allen Grund dazu.

Angefangen hat die ganze Kundgebung mit einer Popgruppe, wie das so bei den diversen Veranstaltungen der Fall ist.

Das Publikum wurde von Salzburg bis Vorarlberg hergeschleift, und als der SP-Bonze Salcher das Wort ergriff, durften die Lehrlinge aus Salzburg nicht den Saal verlassen, da ihnen sonst die Rückfahrt in den Bussen verweigert worden wäre.

Doch das war nicht alles: Einem Lehrling, der sich bei der nachfolgenden "Diskussion" beklagte, daß der Lehrling total unterbezahlt wird und daß das Gefasel vom Kampf um eine bessere Ausbildung ein Gefasel bleibt, solange die Lehrlinge kein Streikrecht haben, wurde, um eine zweite Wortmeldung zu verhindern, das Mikrofon abgeschaltet.

Auf die Unterbezahlung wurde von einem Salzburger ÖGB-Bonzen argumentiert: "Bei dieser Aktion geht es nicht um eine bessere Bezahlung, sondern um eine bessere Ausbildung." Für wen?

N.R., Tirol ●

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Der Bauernfeind — das unbekannte Wesen



Der Bauernverband – eine bäuerliche Kampforganisation?

Viele Bauern wissen bereits, daß die bürgerlichen Parteien ÖVP, SPÖ, FPÖ nichts anderes sind als gute Sachwalter des die werktätigen Volksmassen ausbeutenden Industrie-, Handels- und Finanzkapitals. Viele haben erkannt, daß die "K"PÖ die 5. Kolonne der russischen Sozialimperialisten (Sozialisten in Worten, aber Imperialisten in der Tat) in Österreich ist, die davon träumt, eines Tages auch in Österreich ein sozialfaschistisches System (sozialistisch in Worten, faschistisch in der Tat) zu errichten. Ein System, wie es in Rußland und anderen revisionistisch entarteten Ländern existiert, und welches mit Sozialismus so viel zu tun hat, wie die Nacht mit dem Tag. Denn in diesen Ländern sind die sogenannten "kommunistischen" Parteien nichts anderes als gute Sachwalter der die werktätigen Volksmassen ausbeutenden bürokratischen Staatskapitalisten.

Alle diese bürgerlichen Parteien bezeichnen sich als "Volksparteien" oder "Parteien des ganzen Volkes" usw. und halten sich daher auch Zweigstellen innerhalb der Bauernschaft. Und die vorwiegende Aufgabe dieser Zweigstellen ist es, die Bauern parteimäßig zu vergattern, als Wahlstimmvieh zu "verwerten", mit einem Wort, als "friedliche" Ausgebeutete unter dem Joch der Bauernausbeuter bei der Stange zu halten. Fallweise in Szene gesetzte "Scheingefechte" der Parteien untereinander sind nichts anderes als reine Demagogie und aktive Bestandteile des bürgerlichen Demokratietheaters, das man den Volksmassen vorspielt. Daß der Österreicher schön langsam, aber sicher dieses bürgerliche Demokratietheater mit allem Drum und Dran – wie Wahlzirkus – zu durchschauen beginnt, merkt man an der zunehmenden Wahlenthaltung, an den ungültigen Stimmen, vor allem aber an der zunehmenden Interesselosigkeit der Volksmassen an den "Aktivitäten" dieser Parteien. Diese Symptome sind positiv zu bewerten, bedeuten sie doch zweifelsohne einen Fortschritt im politischen Bewußtwerdungsprozeß der Volksmassen.

Bitte mit 70 g frankieren

Drucksache

An die
Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML)
6923 Lauterach
Postfach 66

Im Versammlungsraum eines Parteibauernbundes prangt unter dem neuen Kleiderständer ein Schild: „Nur für Funktionäre!"
Schon am nächsten Tag hat jemand daruntergekritzelt: „In Ausnahmefällen dürfen an diesen Haken auch Kleidungsstücke aufgehängt werden." ●

Die Parteibauernbünde sind k e i n e Kampforganisationen

Bedenkt man die Rolle, die den Parteien vom Industrie-, Handels- und Finanzkapital zugeteilt wurde, so ist es verständlich, daß sich die Zweigstellen dieser Parteien innerhalb der Bauernschaft (ÖVP-Bauernbund, SP-Arbeitsbauernbund, Freiheitliche Bauernschaft) rollengerecht verhalten. Das heißt, daß diese Parteibauernorganisationen niemals ernsthafte Kampfaktionen gegen ihre "Oberherren" veranstalten werden. Diese Organisationen werden niemals ernsthaft das Industrie-, Handels- und Finanzkapital, die bürokratischen Kapitalisten, die Bonzen in den Genossenschaftszentralen, Raiffeisenverbänden, Landwirtschaftskammern usw. als die wahren Verursacher der Ausbeutung, Unterdrückung und zunehmender Verelendung der kleinen und mittleren Bauern entlarven und angreifen. Aktionen dieser Parteibauernorganisationen werden niemals den Rahmen demagogischer Scheingefechte sprengen. Sind sie doch - wie schon gesagt - nur geschaffen worden, um die werktätige Bauernschaft bei der kapitalistischen Profitstange zu halten.

Das begreift jeder Bauer, sofern er überhaupt gewillt ist, vorurteilsfrei, nüchtern und vor allem grundehrlich über die Rolle der bürgerlichen Parteien und deren Organisationen innerhalb der Bauernschaft nachzudenken.

Das Wörtchen "sofern" ist deshalb zu betonen, weil es noch immer sehr viele Bauern gibt, die einfach die Kraft nicht aufbringen, konsequent über ihr Los und ihre Rolle (die von Ausgebeuteten!) in unserer kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nachzudenken.

Denn bei etwas Nachdenklichkeit kann der kleine oder mittlere Bauer, der Bergbauer leicht erkennen: Die Rolle der Parteibauernorganisationen ist es, gute Sachwalter für Industrie-, Handels- und Finanzkapital und deren Lakaien zu sein, die alle heute faktisch die alleinigen Nutznießer der Schufterei der kleinen, mittleren und Bergbauern sind. All diesen bürgerlichen Parteibauernorganisationen sind die Hände von oben gebunden und sie können niemals echte bäuerliche Kampforganisationen sein. Daran ändert sich auch nichts, wenn da und dort in der einen oder anderen Organisation an der Basis unten Bereitschaft zum Kampf aufflackert; solche Tendenzen werden im Nu abgewürgt. Das werden uns kämpferische Bauern in diesen Parteibauernorganisationen bestätigen. Es erhebt sich nun die Frage, haben wir in Österreich überhaupt eine bäuerliche Kampforganisation?

Bauernverband – wozu?

Vor Jahren haben sich kämpferische Bauern im "Allgemeinen Österreichischen Bauernverband" zusammengefunden. Bauern, die erkannt haben, daß die Parteiklammern, welche die Parteibauernorganisationen im Griff haben, jeder Entfaltung von bäuerlichem Kampf gegen Ausbeutung hinderlich sind. Das Ziel dieser Bauern war es, eine gewerkschaftsähnliche Bauernkampforganisation zu schaffen, in der Bauern aller politischen Richtungen Platz finden sollten. Mit einem Wort: man wollte ein bäuerliches Kampfinstrument schaffen, das imstande ist, die werktätigen Bauern im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu vereinen und anzuführen. Das waren die Bestrebungen des Bauernverbandes. Was ist daraus geworden und welche Rolle spielt der BV heute im österreichischen Bauernkampf gegen Ausbeutung.

Bauernverband – wohin?

Im Verlauf der Jahre ging es mit dem BV (Bauernverband) auf- und abwärts. Es gab Zeiten heftig aufflammenden Kampfeswillens, aber auch Zeiten tiefster Resignation. Zu jeder Zeit aber trat der BV auf der Stelle, denn er war bis heute nicht imstande, der werktätigen Bauernschaft eine klare kämpferische Perspektive aufzuzeigen. Bis heute hat es der BV verabsäumt - bewußt oder unbewußt, das ist die Frage -, dem Bauernkampf gegen Ausbeutung die Zielrichtung zu weisen und die wahren Feinde und Ausbeuter der Bauern beim Namen zu nennen. Bis heute hat es der BV verabsäumt, eine klare kämpferische Linie auszuarbeiten, eine der Grundvoraussetzungen, um überhaupt erfolgreich den Kampf gegen die Feinde der werktätigen Bauern führen zu können. So tritt der traurige (für die kämpferischen Bauern) Fall ein, daß der Kampf des BV wohl nicht durch die "Parteiklammer", wie bei den Parteibauernorganisationen, gelähmt wird, sondern durch das vollständige Fehlen einer richtigen kämpferischen Linie. Das ist eine der Hauptursachen dafür, daß der Kampf der werktätigen Bauern gegen ihre Ausbeuter einfach steckengeblieben ist, weil die Kämpfer nie wußten, gegen wen sie eigentlich zu kämpfen haben, das heißt, wer die wahren Ausbeuter und Feinde sind.

Das den werktätigen Bauern zu sagen, wäre die Aufgabe des BV gewesen, gemäß der ihm zugedachten Aufgabe als Kampforganisation. Und der BV wird dieser Aufgabe im österreichischen Bauernkampf nicht gerecht werden, wenn er sich scheut, die Feinde und Ausbeuter beim Namen zu nennen und die werktätigen Bauern gegen das Industrie-, Handels- und Finanzkapital und deren Lakaien in den Kampf zu führen. Solange man die wahren Feinde der werktätigen Bauern nicht beim Namen nennt, solange bleiben die Ausbeuter ungeschoren und solange ist der BV nichts weiter als eine Organisation mit einer Vielzahl kämpferischer Bauern, die aber mit ihren Aktionen und Demonstrationen immer ins Leere schlagen werden. Solange führt auch der Bauernverband nur Scheingefechte und unterscheidet er sich diesbezüglich nicht wesentlich von den Parteibauernorganisationen.

Bauernverband – was tun?

Wenn der BV überhaupt noch seiner zugedachten Rolle als Kampforganisation gerecht werden will, so muß er die Bauern in Kämpfen anführen, die den Feind auch treffen. Dazu muß er den werktätigen Bauern auch sagen, gegen wen zu kämpfen ist und wer ihre Ausbeuter sind. Bauern, die sich an der Wahrheit stoßen oder darüber schockiert sind, sind für den Bauernkampf gegen Ausbeutung ohnehin wertlos. Solche sind nur Pharisäer, die nur "kampfbereit" sind, solange es gegen nichts zu kämpfen gibt, d.h. kein wirklicher Feind auszumachen ist.

Der BV muß sich endlich auch über seine möglichen Bündnispartner im Kampf gegen Ausbeutung klarwerden. Der BV muß erkennen, daß die möglichen Bündnispartner der werktätigen Bauernschaft im Kampf gegen Ausbeutung nur andere ausgebeutete Klassen und Schichten der Gesellschaft sein können, vor allem die Arbeiterklasse und die werktätige Intelligenz. Und wenn es dem BV gelingt, die Kräfte innerhalb der BV-Führung zu isolieren, deren Hauptanliegen es ist, Pfründe, Sessel und Privilegien innerhalb der ehedem bäuerlichen Institutionen zu erringen, dann werden die Hindernisse weggeräumt sein, welche einer kräftigen Entfaltung des bäuerlichen Kampfes gegen Ausbeutung im Wege stehen. Dann können wir Bauern sagen: Der BV ist eine bäuerliche Kampforganisation im Dienste der vom Kapital ausgebeuteten Bauern.

Mit bäuerlichen und revolutionären Grüßen! ●

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treill, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien